



# BUNDESPRÄSIDENTIALAMT

## Pressemitteilung

**SPERRFRIST** Dienstag, 7. Februar 2017, 15.30 Uhr

**Änderungen vorbehalten.  
Es gilt das gesprochene  
Wort.**

**Die Rede im Internet:  
[www.bundespraesident.de](http://www.bundespraesident.de)**

Berlin, 07.02.2017  
Seite 1 von 10

**Bundespräsident Joachim Gauck  
beim Festakt „Dies Natalis“ zur Verleihung der  
Ehrendoktorwürde der Universität Maastricht an den  
Bundespräsidenten anlässlich des Besuchs im Königreich  
der Niederlande  
am 7. Februar 2017  
in Maastricht/Niederlande**

Wie schön, an diesem historischen Tag bei Ihnen in Maastricht zu sein. Wir feiern heute den Geburtstag Ihrer Universität, zugleich aber auch einen Markstein des europäischen Vereinigungsprozesses, der vor genau 25 Jahren hier mit der Unterzeichnung des Vertrages von Maastricht gesetzt wurde. Ich freue mich, dass so viele junge Menschen aus allen Ländern Europas mitfeiern, hier auf dem Vrijthof, im Herzen der Altstadt, und im Sphinx-Viertel mit seiner modernen Architektur. Was für ein beeindruckendes Bild von einem lebendigen, vereinten Europa. Es zeugt von unserer gemeinsamen Geschichte und Gegenwart, und es macht Mut für die Zukunft.

Hier in Maastricht ist Europa vor einem Vierteljahrhundert noch enger zusammengerückt. Und wer heute in diese Stadt kommt, dem wird einmal mehr bewusst, dass uns Europäer längst viel mehr verbindet als Verträge. Maastricht ist ein weltoffener Ort der Begegnung, geprägt von der Lage zwischen Belgien und Deutschland, Flandern und Wallonien, auch von der Nähe zu Luxemburg. Tausende Studenten aus dem Ausland tragen zur kulturellen Vielfalt bei, auf den Straßen und Plätzen ist ein einzigartiges Sprachengemisch zu hören. Politik und Wirtschaft, aber auch Gesellschaften sind in der Region Maas-Rhein aufs Engste verwoben, über Grenzen hinweg.

Hier bei Ihnen ist der Geist des Einigungswerks zu spüren, auch in Zeiten großer Herausforderungen. Eine deutsche Absolventin Ihrer Universität hat das einmal so beschrieben: „Maastricht liegt mitten in

VERANTWORTLICH  
ANSCHRIFT

TEL / FAX

E-MAIL

INTERNET

Ferdos Forudastan  
Bundespräsidialamt  
11010 Berlin  
030 2000-2021/-1926  
[presse@bpra.bund.de](mailto:presse@bpra.bund.de)  
[www.bundespraesident.de](http://www.bundespraesident.de)

Europa, aber Europa liegt auch in Maastricht, vielleicht mehr als anderswo. (...) Die Idee von Europa ist hier Realität geworden (...).“

Auch Ihre Universität ist der europäischen Idee auf besondere Weise verpflichtet. Wer hier studiert, der engagiert sich oftmals auch im späteren Leben für das vereinte Europa. Ich bin sehr dankbar dafür, dass gerade diese Institution mir heute die Ehrendoktorwürde zuteil werden lässt. Besonders gefreut habe ich mich, als ich gehört habe, dass der Vorschlag für die Auszeichnung von den Studierenden stammt. Für mich ist das ein wichtiges Zeichen dafür, dass das europäische Projekt und die europäischen Werte uns auch über Altersgrenzen hinweg verbinden können.

Ihre Generation und meine Generation blicken aus ganz unterschiedlichen Perspektiven auf Europa. Deshalb ist es so wichtig, dass wir uns einander zuwenden, dass wir uns austauschen über Erfahrungen, Hoffnungen und Befürchtungen. Lassen Sie mich also kurz sagen, was die Europäische Union für mich bedeutet.

Ich bin im Jahr 1940 geboren, zu Beginn des von Deutschland entfesselten Zweiten Weltkrieges, der unfassbares Leid über unseren Kontinent gebracht hat, auch über die Niederlande. Nach der Befreiung Europas vom Nationalsozialismus und der Teilung meines Heimatlandes wuchs ich in dem Teil auf, dem seine kommunistischen Machthaber den Namen „Deutsche Demokratische Republik“ gegeben hatten. In Wahrheit handelte es sich um eine Diktatur von sowjetischen Gnaden. Damals, spätestens seit dem Bau der Berliner Mauer, nistete sich in meinem Herzen die Sehnsucht ein – die Sehnsucht nach einem geeinten Europa der Freiheit. Ich erinnere mich noch gut, wie ich mit meinen Söhnen am Ufer der Ostsee stand, hinter uns das bewachte Land, vor uns das bewachte Meer. Wir beobachteten ein großes weißes Schiff, das hinausfuhr, eine Fähre nach Dänemark. Und wir wussten: Wir können nicht mitfahren, weil wir eingesperrt sind. Trauer und Schmerz, Wut und Zorn waren die Kehrseite meiner Sehnsucht nach einem geeinten Europa.

Jahre später, nach unzähligen Enttäuschungen, keimte dann plötzlich Hoffnung auf, als sich in Polen die Freiheitsbewegung formierte. Während der Friedlichen Revolutionen träumte ich davon, Teil eines Europas zu sein, das von Freiheit und Recht geprägt ist. Ich träumte davon, dass die europäische Tradition der Aufklärung sich nach den furchtbaren Erfahrungen mit den totalitären Ideologien des 20. Jahrhunderts ein für allemal durchsetzen würde. Und ich habe erlebt, wie aus Träumen Wirklichkeit wurde – nicht zuletzt, weil unzählige Menschen in Warschau und Prag, in Budapest, Leipzig und vielen anderen Orten Mittel- und Osteuropas auf die Straßen gingen, um ihre Stimme zu erheben gegen Unrecht und Unterdrückung.

Träume, das wissen wir aus der Geschichte, sind oft Triebfedern für historische Veränderungen. Aber wir wissen auch, dass wir nicht

beim Träumen stehenbleiben dürfen. Wir müssen unsere Visionen politisch ins Werk setzen, indem wir zum Beispiel Verträge schließen. Genau das ist hier in dieser Stadt gelungen: Der Vertrag von Maastricht, er ist, wie der Historiker Heinrich August Winkler gesagt hat, ein „qualitativer Sprung in der Geschichte der westeuropäischen Integration“. Für mich ist er aber nicht allein ein Vertrag, eine bedeutsame Urkunde. Er ist auch eine Chiffre für ein in Frieden und Freiheit geeintes Europa. Für ein Europa, das für die aufklärerischen Werte des Westens steht: für Demokratie, die Herrschaft des Rechts, die Wahrung der Menschenrechte, die Anerkennung der Gewaltenteilung, den Schutz von Minderheiten und die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Mit der Vertiefung, aber auch mit der Erweiterung der Union, nicht zuletzt durch die Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Staaten, hat sich die Vision eines ungeteilten Kontinents erfüllt, auf dem demokratische Staaten und ihre Bürger wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich eng miteinander verflochten sind.

Der Vertrag von Maastricht ist für mich aber auch eine Chiffre für ein Projekt, das nicht vollendet ist und das auch Rückschläge verkraften muss. Er steht für ein Projekt, für das wir, die Bürgerinnen und Bürger Europas, uns weiter engagieren müssen. In der Präambel ist, in Anknüpfung an die Römischen Verträge von 1957, vom „Prozess der Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas“ die Rede. Diese Formel legt uns nicht auf eine bestimmte Gestalt der Union fest, nicht auf ein institutionelles Ziel. Sie ist Mahnung und Ansporn, unser Europa Schritt für Schritt zu gestalten. Die Europäische Union, sie ist work in progress. Sie ist also ein kontinuierlicher Prozess, beseelt von der Idee, dass die Menschen in Europa zusammengehören und ein europäischer Gemeinsinn wachsen kann.

Wir wissen: Der Vertrag von Maastricht ist ein historischer Kompromiss, er war und ist aus ganz unterschiedlichen Gründen umstritten, und er hat durch spätere Verträge mehrere Änderungen erfahren. Die Mitgliedstaaten schufen eine komplexe Architektur „sui generis“, für die das deutsche Bundesverfassungsgericht den Begriff des „Staatenverbundes“ geprägt hat, um sie abzugrenzen vom Staatenbund einerseits, vom Bundesstaat andererseits. Wir wissen auch: Der Vertrag legte das Fundament für die Wirtschafts- und Währungsunion, beließ die Wirtschafts- und Finanzpolitik aber vorwiegend auf nationaler Ebene. Es war auch diese Konstruktion, die die Europäische Union in eine gefährliche Schiefelage gebracht hat. Die Finanz- und Wirtschaftskrise und vor allem die stark gestiegene Staatsverschuldung im Euro-Raum, sie wirken bis heute nach, und sie werden uns weiter beschäftigen.

Der Vertrag gehört aber auch zu den Grundlagen für vieles, was heute gut gelingt in Europa und wovon wir Europäer Tag für Tag profitieren. Ich betone das auch deshalb, weil es vielen Menschen gar

nicht bewusst ist. Die Europäische Union, sie funktioniert auf unzähligen Feldern reibungslos, und sie bietet ihren Bürgern ganz konkrete Vorteile. Sie schafft zum Beispiel Bewegungsfreiheit, die vor allem junge Menschen als selbstverständlich empfinden und die wohl niemand mehr missen möchte. Wir Europäer können innerhalb der Union wohnen, arbeiten und studieren, wo wir wollen. Die Europäische Union bietet uns wirtschaftliche Chancen. Produzenten können die Potenziale des Binnenmarkts zu gleichen Wettbewerbsbedingungen nutzen, Konsumenten steht ein breiteres Angebot zur Verfügung, oft zu günstigeren Preisen – ich denke da zum Beispiel an Telefon und Internet.

Die Europäische Union schafft nicht nur Freiräume und Chancen, sie bietet ihren Bürgerinnen und Bürgern auch Schutz. Normen und Standards, auf die sich die Mitgliedstaaten geeinigt haben, erhöhen die Sicherheit am Arbeitsplatz, schützen die Gesundheit der Verbraucher und schonen die Umwelt. Ohne die gewichtige Stimme der Europäischen Union käme auch der weltweite Klimaschutz nicht recht voran. Viele der europäischen Regelungen strahlen auf andere Länder aus, auch weil die Union ein begehrter Handelspartner ist. Nicht zuletzt denke ich an zielgerichtete Strukturhilfen, die dazu beitragen, dass Regionen dank kreativer und innovativer Projekte gedeihen können. Wer durch Europa fährt, der kann sich an vielen Orten an historischer Baukunst und an Naturparks erfreuen, die mit Mitteln der Europäischen Union restauriert wurden oder erhalten werden. Und der kann Unternehmen und Hochschulen besuchen, an denen Menschen aus ganz Europa gemeinsam an den Innovationen von morgen arbeiten.

Mir ist bewusst: Das alles steht heute, 25 Jahre nach der Unterzeichnung des Maastrichter Vertrages, im Schatten der gewaltigen Herausforderungen, mit denen die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten konfrontiert sind. Finanz- und Wirtschaftskrise, Kriege und Konflikte in unserer Nachbarschaft, furchtbare Terroranschläge, die Ankunft von Flüchtlingen, der bevorstehende Brexit und die Zukunft der transatlantischen Partnerschaft – all das erfordert ein starkes, ein geeintes Europa. Was wir aber in dieser Situation erleben, ist eine Europäische Union, die von Krisen und Zweifeln erschüttert wird. Interessengegensätze treten deutlicher hervor, Grenzen der Solidarität werden sichtbar, nationalistische und populistische Kräfte haben Zulauf, antirationalistisches Denken hat Konjunktur. Unser Zusammenhalt und unsere gemeinsamen Werte sind unter Druck geraten, nicht nur in Europa, sondern auch in anderen Teilen der Welt.

Vor diesem Hintergrund möchte ich heute Nachmittag nicht über Details des Maastrichter Vertrages sprechen. Mir geht es in diesen Zeiten der Verunsicherung um etwas anderes. Die entscheidende Frage ist doch: Wie kann es den politisch Verantwortlichen gelingen, das Vertrauen in die Europäische Union zu stärken? Und was können wir,

die Bürgerinnen und Bürger, gemeinsam tun, um das europäische Projekt, für das es während der Zeitenwende von 1989/90 so viel Begeisterung gab, neu zu beleben?

Wir können in Europa seit Jahren eine wachsende Entfremdung zwischen politischen Eliten und Bevölkerungen beobachten. Erste Anzeichen dieser Entwicklung traten bereits Anfang der 1990er Jahre zutage, als der Vertrag von Maastricht in den Nationalstaaten ratifiziert werden sollte. In vielen Ländern hegten Bürger Zweifel und Befürchtungen angesichts des Vorhabens, aus ganz unterschiedlichen Gründen. Auch in meinem Land begann damals der gesellschaftliche Konsens in der Europapolitik zu bröckeln, der Westdeutschland über Jahrzehnte hinweg geprägt hatte. Dass die Dänen den Vertrag in einem Referendum zunächst ablehnten, brachte am deutlichsten zum Ausdruck, was in vielen Ländern Europas zu spüren war: In den Bevölkerungen gab es Vorbehalte gegen das, was die Regierungen ausgehandelt hatten. Viele Menschen hatten den Eindruck, dass das Einigungswerk von den Exekutiven hinter ihrem Rücken vorangetrieben worden war. Und dass ihnen das, was nun vorgelegt wurde, eigentlich zu weit ging.

Die Geschichte des Maastrichter Vertrages und der weiteren Integrationsschritte zeigt: Auf dem Weg zu einer immer engeren Vereinigung haben die politischen Eliten manchmal beschlossen, was ein Teil der Bürger nicht mittragen konnte und ein anderer Teil nicht mittragen wollte. Heute, in der größten Vertrauenskrise des europäischen Projekts seit seiner Gründung, sehen wir das noch viel klarer: Die Europäische Union kann nicht im Alleingang der Eliten gestaltet werden. Das geeinte Europa, es kann nicht gegen die Bevölkerungen errichtet werden, sondern nur mit ihnen.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Regierungen ist es deshalb, die Bevölkerungen über Entscheidungen zu informieren, die auf europäischer Ebene getroffen werden. Es ist wichtig, dass Politiker europäische Vorhaben erklären, in einer klaren, anschaulichen Sprache, ohne dabei übertriebene Erwartungen zu wecken. Es ist aber auch wichtig, dass Regierungen von Mitgliedstaaten kein doppeltes Spiel treiben, indem sie in Brüssel Beschlüssen zustimmen, die sie dann auf nationaler Ebene kritisieren oder gar konterkarieren. Denn davon profitieren am Ende nur die Populisten, werden ihnen so doch antieuropäische Argumente frei Haus geliefert. Und schließlich: Wir dürfen die Europäische Union nicht überfrachten. Was auf nationaler Ebene besser geregelt werden kann, soll auch dort geregelt werden. Wir sollten darüber nachdenken, wie wir das Subsidiaritätsprinzip, das im Vertrag von Maastricht verankert ist, noch stärker berücksichtigen können.

Das alles ist unverzichtbar, aber es wird nicht genügen, um die Vertrauenskrise zu beenden. Denn die Zweifel und Ängste, die heute viele Menschen in Europa umtreiben, sie wurzeln tiefer.

Wir leben heute, im Zeitalter der Globalisierung, in immer größeren Aktionsräumen. Das eröffnet Freiheiten und viele Chancen, vor allem für diejenigen, die gut ausgebildet sind, Fremdsprachen beherrschen und Grenzen überschreiten können und wollen. Diese kosmopolitischen Eliten, Weltbürger wie Sie hier im Saal, sie gehören zu den Nutznießern dieser Entwicklung. Es gibt aber, nicht nur in Europa, auch jene Gruppen von Menschen, die der Globalisierung und dem rasanten Wandel skeptisch gegenüberstehen, weil sie nicht davon profitieren oder sogar Nachteile in Kauf nehmen müssen. Diese Menschen erleben, dass sich ihre soziale Lage verschlechtert, oder dass ihnen ihr Lebensumfeld fremd wird. Im sich ausdehnenden Raum sehnen sie sich nach einem Ort, der sie beheimatet.

Ich bin mir sicher: Dieses Hadern mit der Globalisierung ist eine Ursache dafür, dass Menschen die Europäische Union kritisieren oder sich gar von ihr abwenden. Luuk van Middelaar, der niederländische Historiker und Philosoph, hat es auf den Punkt gebracht: Manche sehen in der Union „ein(e) Verbündet(e) der Globalisierung mit ihren Güter- und Menschenströmen“, keine Bastion gegen ihre mitunter auch negativen Folgen. Viele Menschen sehen in der Europäischen Union einen Raum, aber keinen Ort, an dem sie sich geborgen fühlen können. Manche sehnen sich deshalb nach einem Rückzug in den Nationalstaat, sind anfällig für isolationistische Verführungen. Bei manchen ist die Bereitschaft, die Eliten abzustrafen, größer als die Bereitschaft, in thematische Debatten einzusteigen oder gar tragfähige Zukunftsprojekte zu entwickeln. Und mitunter schlagen Angst und Verunsicherung auch um in Hass auf Fremde und auf Fremdes.

Das Bedürfnis nach Zugehörigkeit ist etwas zutiefst Menschliches. Es pauschal als reaktionär abzutun, greift zu kurz. Wir müssen uns klarmachen, dass hinter der EU-Skepsis oft Wünsche nach Beheimatung, nach Verortung stecken. Menschen brauchen Heimat, sie möchten irgendwo dazugehören. Mit dieser Einsicht haben sich viele Menschen in meinem Land, vor allem Intellektuelle, lange Zeit schwer getan. Umso wichtiger ist es, dass wir heute sagen: In unserem vereinten Europa der Offenheit und der Vielfalt bleibt Heimat möglich. Lassen Sie uns auch mit dieser Tatsache für die Europäische Union werben!

Eine wichtige Quelle von Identität ist und bleibt dabei neben der Heimatregion die Nation. Nach dem Zivilisationsbruch des Nationalsozialismus hatten viele Deutsche Schwierigkeiten, sich das einzugestehen. Weil ein menschenverachtender, aggressiver Nationalismus Europa und weite Teile der Welt in die Katastrophe geführt hatte, galt der deutsche Nationalstaat per se als moralisch

diskreditiert. Manche erstrebten deshalb die europäische Einigung, um diesen als destruktiv angesehenen Nationalstaat ein für allemal zu überwinden. Das Wort „postnational“, das in Deutschland erstmals in den 1970er Jahren auftauchte, spiegelt diese Sehnsucht wider.

Aber so berechtigt die Kritik am übersteigerten Nationalismus war und so naheliegend die Idee einer Überwindung des Nationalstaats manchem erscheinen mochte: Die enge Zusammenarbeit der Staaten und der enge Zusammenschluss der Völker Europas zielen nicht auf die Auslöschung nationaler Identitäten. Und mögen sich einige dies auch anders gewünscht haben – selbst der große Schritt einer vertieften Kooperation, wie er in Maastricht vor 25 Jahren beschlossen wurde, bildete keinen postnationalen, sondern einen supranationalen Zusammenschluss, aus einer so einfachen wie tiefgehenden Einsicht: Ein vereintes Europa kann nicht gegen die Nationalstaaten wachsen, sondern nur mit ihrer Billigung und in Übereinstimmung mit ihnen.

Unter dem Dach der Europäischen Union haben unterschiedliche Kulturen, Erfahrungen und Traditionen weiter ein Zuhause. Unser Europa bleibt ein Ensemble unterschiedlicher Zugehörigkeiten. Aber auf dem Boden regionaler und nationaler Identitäten kann ein gemeinsames Wir-Gefühl erwachsen. Wir können Limburger und Niederländer, Bayern und Deutsche sein und uns gleichzeitig alle zusammen als Europäer fühlen. Dass Europa uns eine gemeinsame geistige Heimat bietet, wird uns oft erst richtig bewusst, wenn wir uns in anderen Kulturkreisen bewegen und von außen auf unseren Kontinent blicken. Oder wenn wir in unserem Kontinent auf Menschen aus anderen Kulturkreisen stoßen, wie es hier in Maastricht jeden Tag geschieht.

Die Bürger Europas sind alle Kinder desselben kulturellen Erbes: der Antike, der Reformation und Aufklärung, der Renaissance und des Humanismus, der republikanischen Ideen der Revolutionen von 1789 und 1848. Kinder auch des historischen Einigungsprojekts nach dem Zweiten Weltkrieg und der Befreiungsbewegung der Ost-Mitteleuropäer 1989/90, letzteres wie ein erneuter Schwur auf die Werte der Demokratie, ein nachholendes Ja der zuvor gewaltsam ferngehaltenen Völker des Ostens zum vereinigten Europa.

Angesichts der Vertrauenskrise in Europa können wir das Projekt der europäischen Einigung allerdings nicht mit einem trotzigem „Jetzt erst recht“ fortsetzen. Bei meinem Amtsantritt bildete die „ever closer union“ für mich noch die unhinterfragte Zielrichtung. Heute allerdings geht es nicht mehr alleine darum, die Mitgliedstaaten der EU einfach immer enger zusammenzuführen, sondern darum, ein Auseinanderdriften der Union zu verhindern, wie es sich bisher am eklatantesten im Brexit gezeigt hat. Wer die Union bewahren will, muss also auch nach neuen Möglichkeiten der Zusammenarbeit Ausschau halten.

Ein selbstkritischer Blick zeigt: Auch verantwortliche Politiker auf europäischer und nationalstaatlicher Ebene haben Fehler gemacht. So haben die EU-Mitgliedstaaten die Defizit-Regeln für den Haushalt nicht eingehalten, und sie haben zu lange an Dublin festgehalten, obwohl die Schwächen bekannt waren. Probleme wurden zum Teil verschleppt; bis heute ist die Währungsunion nicht hinreichend stabil. Gleichzeitig wurden Rettungsmechanismen entwickelt, deren Tragweite den Bürgern nicht immer ausreichend kommuniziert worden ist. Ungelöst blieb auch das Problem der europäischen Ungleichzeitigkeiten, etwa beim Wohlstand, bei den verschiedenen Sozialstandards und auch beim unterschiedlichen Wandel von Mentalitäten. Und je stärker der Eindruck entstand, die Europäische Union sei überfordert, desto mehr gewannen Populisten an Einfluss, die sich dem angeblich intransparenten und komplizierten Regelwerk grundsätzlich entgegenstellten.

Das europäische Projekt hat Gegenwind erhalten, und das nicht nur von innen, sondern auch von außen. Schon seit geraumer Zeit erleben wir Destabilisierungsversuche etwa durch Cyberattacken, fake news und Unterstützung europakritischer Regierungen und Parteien innerhalb der EU, wie sie von Russland betrieben wird. In jüngster Zeit hören wir nun auch in den Vereinigten Staaten Stimmen, die sich nach Großbritannien den Austritt weiterer Staaten aus der Europäischen Union wünschen.

Ja, ich denke, die Europäische Union steht an einer wichtigen Weggabelung. Europa steckt in einer Krise. Doch wohin soll es gehen? Zurück zu Nationalstaaten, von denen jeder für sich um einen wirtschaftlichen, politischen und sicherheitspolitischen Platz auf dem Kontinent und der Welt kämpft? Von denen unter Umständen nicht wenige Staaten in Konkurrenz zum Nachbarn nach neuen internationalen Bündnispartnern suchen und damit die Spannungen auf dem Kontinent erhöhen?

Oder entscheiden wir uns für eine Erneuerung des europäischen Projekts, so wie sie heute sinnvoll und notwendig erscheint: weg von überflüssigen Regelungen im Detail, stattdessen aber ein entschiedeneres Zusammenrücken auf jenen Feldern, die kein einziger Nationalstaat in Europa allein regeln kann – weder von seiner politischen Bedeutung her noch von seiner geographischen Lage.

Es gibt gute und es gibt sogar verstärkte Gründe für eine europäische Zusammenarbeit. Wir müssen zusammenrücken angesichts der Tatsache, dass sich im Zeitalter von Digitalisierung und rasantem technologischem Wandel nur ein kontinentaler Player auf dem Weltmarkt behaupten kann. Wir müssen zusammenrücken angesichts eines weiter bestehenden Migrationsdrucks, angesichts eines international agierenden Terrorismus oder auch angesichts einer instabilen Weltordnung mit Kriegen in unserer nächsten Nachbarschaft.



Manchmal bedarf es eines Schocks, um Einsichten zu erzwingen. Ein Schock kann heilsam sein. Und mir scheint, dass der Druck, der durch die neuen Umstände entstanden ist, die Europäische Union aktiviert. Wenn wir sehen, was angesichts neuer nationalistischer und autoritärer Verführungen in einigen Ländern geschieht und welche Verunsicherung bei unserem transatlantischen Partner unter seinem neuen Präsidenten entstanden ist, dann wissen wir, was wir als Bürger in Europa zu verteidigen haben. Dann wissen wir, welche Richtschnur für uns verbindlich bleibt, wenn wir die Demokratie und den Frieden auf diesem Kontinent erhalten wollen.

Sogar mit Leidenschaft kann heute wieder für das gestritten werden, was uns bereits als selbstverständlich erschien: Für die repräsentative Demokratie. Für die Herrschaft des Rechts. Für die Gewaltenteilung. Für die universellen Menschenrechte. Wir wollen erhalten, was mühselig in der Geschichte errungen wurde und einen Kernbestand der Demokratie ausmacht: Keine Macht steht über dem Recht. Auch die Macht ist an das Recht gebunden.

Es ist an der Zeit, dass die europäischen Staaten und besonders auch Deutschland, die sich lange unter dem Schild der amerikanischen Führungsmacht eingerichtet hatten, selbstbewusster und selbstständiger werden. Wir haben besondere Verantwortung für die Stabilisierung der internationalen Ordnung. Zu Recht diskutieren wir, wie Europa seine Verteidigungsbereitschaft erhöhen kann. Denn wir dürfen die Werte, auf denen das europäische Projekt beruht, nicht preisgeben. Allerdings haben wir auch nach intelligenten Lösungen zu suchen, in denen den Unterschieden in der Europäischen Union ebenso wie den neuen Herausforderungen Rechnung getragen wird.

Die europäische Demokratie braucht weder Verzagtheit noch Eskapismus. Sie braucht unsere Anstrengung und unseren unermüdlichen Einsatz. Auch die europäische Demokratie ist ein nie vollendetes Projekt.

Es ist ganz besonders die junge Generation, die ich ermutigen möchte, die Generation Maastricht, die sich heute in dieser Stadt versammelt hat. In Großbritannien war die große Mehrheit der 18- bis 34-Jährigen für den Verbleib des Landes in der Europäischen Union. Aber es haben sich viel weniger junge als ältere Menschen am Referendum beteiligt. Ich möchte deshalb an alle jungen Europäer appellieren, nicht nur an Sie hier im Saal: Mischen Sie sich ein in die Politik. Geben Sie Ihre Zukunft nicht aus der Hand. Engagieren Sie sich gerade jetzt für die Idee eines geeinten Europa. Und bringen Sie sich aktiv ein in die Debatte, in welchem Europa wir leben wollen. Es geht nicht nur um Ihre Zukunft, es geht auch um die Zukunft Ihrer Kinder und Enkelkinder.

Zu dieser Debatte gehört auch, dass wir klar sagen: Europa, das ist, wie alle demokratische Politik, ein Werkstück, an dem wir dauernd

arbeiten müssen. Vielleicht geht es in der Europäischen Union von morgen nicht immer geradlinig voran. Aber wir müssen an das Europa von übermorgen denken. Cees Nooteboom, der große niederländische und europäische Erzähler, hat einmal geschrieben: „Solange jemand nicht selbst etwas tut, wird sein Leben durch die Menschen und Dinge bestimmt, die darin auftreten.“ Lassen sie uns Europa wieder stärker zu unserer eigenen Sache machen, zur Sache der Bürgerinnen und Bürger. Die Europäische Union, die hier in Maastricht gegründet wurde, sie ist es wert, dass wir ihr Schicksal zu unserer Sache machen.

Lassen wir uns heute noch einmal auf einen historischen Rückblick ein: Vor sieben Jahrzehnten rief einer der Großen von damals, Winston Churchill, an einer anderen europäischen Universität seinen Zeitgenossen zu: „Lassen Sie Europa entstehen.“ Aus Maastricht antworten wir ihm heute: Wir geben Europa eine Zukunft!